

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 29 – Landesförderung für Katzenkastration

Dazu sagt der tierschutzpolitische Sprecher der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen:

Nr.430.13 / 20.11.2013

Kastration von Katzen ist keine Landesaufgabe

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Anzahl wild lebender Hauskatzen nimmt zu, viele Tierheime sind überlastet, die Piraten weisen mit ihrem Antrag zu recht auf dieses Problem hin.

Die unkontrollierte Fortpflanzung von Katzen führt zu unnötigem Tierleid. Wild lebende Katzen leiden unter einer Vielzahl von Krankheiten und sind oft in einem erbärmlichen Zustand.

Daher gebietet es auch die Sorge um das Tierwohl, hier eine Veränderung herbeizuführen. Dennoch unterscheidet sich unsere Haltung zu diesem Problem erheblich von der der Piraten.

Ich sehe dabei in erster Linie die Halter und Halterinnen von Katzen in der Pflicht. Wer sich für ein Haustier entscheidet, übernimmt damit Verantwortung.

Dazu gehört nicht nur, für ausreichende Ernährung der Tiere zu sorgen, für artgerechte Unterbringung und Zuwendung, sondern auch, dafür zu sorgen, dass sich die Tiere nicht unkontrolliert vermehren.

Ich finde, das kann man eigentlich erwarten von Menschen, die sich aus freier Entscheidung ein Tier halten, die sich selbst wahrscheinlich auch als „tierlieb“ begreifen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin.

Wir Grünen sind dennoch nicht der Meinung, dass sich die Politik raushalten sollte aus dieser Angelegenheit.

An erster Stelle ist es ein Kommunalpolitisches Problem, das sich vor allem in hohen Unterbringungskosten von Abgabe- und Fundtieren äußert.

Da gibt es interessante Modelle wie z.B. das Pilotprojekt des Kreises Nordfriesland. Da machen die Ordnungsämter und praktischen Tierärzte mit und steuern je 25 Euro pro Fall bei. Das geht über die Kastration hinaus: mit dem Chippen der Tiere und Registrierung bei Tasso.

Die Grüne Bundestagsfraktion hat in der vergangenen Legislaturperiode einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der eine Kastrationspflicht für Katzen vorsah.

In Bremen wurde 2011 eine Kastrationspflicht eingeführt. Eine Vielzahl von Kommunen machen davon Gebrauch, vor allem in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. In Niedersachsen sind es 156 Städte und Gemeinden, in Nordrhein-Westfalen rund 70 (nach Angaben auf der Internetseite des Deutschen Tierschutzbundes).

Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin.

Ich teile die Auffassung der Landesregierung, dass die Entscheidung für eine Kastrationspflicht zunächst bei den Kreisen und Kommunen liegt.

Die kommunalen Ordnungsbehörden sind am besten in der Lage, Regelungen treffen, die konkret an die lokalen Gegebenheiten angepasst sind. Es ist nicht Landesaufgabe, für die Kastration von Katzen zu zahlen. Viele Menschen mit geringem Einkommen halten ein Haustier. Katzen sind pflegeleicht und verursachen in der Haltung vergleichsweise geringe Kosten.

Die Halter müssen die Kosten dafür selbst tragen. Wie Futterkosten gehören dazu auch die Tierarztkosten, Entwurmung, Impfung und eben auch die Kastration.

Es gibt ungleiche Verteilung, es gibt Armut in unserer Gesellschaft, aber da muss man woanders politisch ansetzen und nicht bei der Katzenkastration.

Auch die Piraten kennen die gesetzliche Pflicht zur Schuldenbremse, zum Personalabbau. Dazu passt es nicht, neue Landesaufgaben zu erfinden, neue strukturelle Kosten zu kreieren, sondern vielmehr müssen wir Aufgaben reduzieren und den Landeshaushalt sanieren. Dazu passt Ihr Antrag überhaupt nicht.

Das Land kann und sollte allenfalls unterstützende Maßnahmen zur Information ergreifen, um Katzenhalter besser aufzuklären. Auch eine Unterstützung von Kommunalen Lösungen wie das Husumer Modell ist denkbar. Das ist von Ihren Millionen jedoch Lichtjahre entfernt.

Trotzdem, das Problem ist eins. Daher wollen wir das im Ausschuss weiter beraten.
